

30. November 2020

Heinz Gärtner Lecture/IPW Lecture

The US Elections 2020: What Future for Democracy, Social Movements, and Human Rights?

Veranstaltung im Rahmen der oiip online Reihe
A brand new world? Shifting powers in international politics

Eine Veranstaltung im Rahmen der Kooperation mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung und dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.
Mit freundlicher Unterstützung der US-Botschaft in Wien.

Summary erstellt von: Laura Brandt

Keywords: USA, Wahlen, Demokratie, Menschenrechte, soziale Bewegungen

Vortragende:

Tina Kempin Reuter (University of Alabama at Birmingham)

Deva Woody (The New School for Social Research, New York)

Moderation:

Saskia Stachowitsch (oiip, Universität Wien)

Datum:

30. November 2020

Veranstaltungsort:

Online-Lecture

Executive Summary

Im Rahmen der Online-Lecture wurde der Ausgang der 59. Präsidentschaftswahl sowie der Wahl zum Repräsentantenhaus und zum Senat der Vereinigten Staaten diskutiert. Mit Prof. Deva Woodley und Prof. Tina Kempin Reuter wurden die Implikationen der Wahlen für die Demokratie und für die Bürger_innen- und Menschenrechte in den USA analysiert sowie anstehende Umbrüche unter der Biden Administration angedacht. Im Mittelpunkt der Diskussion standen dabei die Mängel des Wahlsystems, die tiefe Spaltung und Parteilichkeit innerhalb der US-amerikanischen Gesellschaft sowie die Dynamiken und Potentiale der Massenmobilisierungen angesichts struktureller Ungleichheiten.

Als gemeinsamer Schluss der Debatte kann festgehalten werden, dass die besorgniserregenden Entwicklungen in den USA stark mit politischen Verschiebungen in europäischen liberalen Demokratien zusammenhängen und diese entscheidend prägen. Aufgrund ihrer politischen und wirtschaftlichen Vormachtstellung dient die US-amerikanische Politik derzeit als Orientierungspunkt für populistische Kräfte in ganz Europa. Die Wahl von Joe Biden (Demokratische Partei) zum neuen Präsidenten gibt jedoch Anlass zur Hoffnung, dass die USA von diesem Kurs abweicht, die Beziehungen zu traditionellen Verbündeten wieder aufnimmt und aktuelle Krisen, wie z.B. die Pandemie, angemessen bearbeitet. Gleichzeitig gehen die Diskutantinnen davon aus, dass viele Konfliktpunkte in den USA nicht durch einen Wechsel im Weißen Haus behoben werden können. Auch innerhalb der US-amerikanischen Gesellschaft wäre eine Reorientierung notwendig, wobei vor allem das Denken in politischen Feindbildern überwunden und ein gesamtgesellschaftlicher Dialog ermöglicht werden muss.

Rückgang der Demokratie und Missachtung der Menschenrechte

Bereits in ihrem Eröffnungsstatement betonte Prof. Tina Kempin Reuter die gravierenden Veränderungen der letzten zehn Jahre, während derer sich die USA zu einem Outsider unter den liberalen Demokratien entwickelte. So erlebte der Staat gemäß dem V-Dem Datenset (Varieties of Democracy) seit 2008 einen



Rückgang von 15% in den Demokratiewerten und wird mittlerweile als *autocratizing country* eingestuft.¹ Damit ist die USA die einzige lang etablierte Demokratie in dieser Kategorie. Auch in Bezug auf politische Rechte schneidet das Land schlecht ab und wird im Freedom House Index derzeit zwischen El Salvador und Jamaica angeführt.²

Diese Abstufung ist gemäß Kempin Reuter eine Konsequenz des mangelhaften Wahlsystems, was sich unter anderem im großen Einfluss ausländischer Akteur_innen auf die Wahlen, im „gerrymandering“, also der Manipulation von Wahlkreisgrenzen zur Erhöhung der eigenen Erfolgchancen, sowie in einer mangelnden Bereitschaft zur Reaktion auf diese Missstände widerspiegelt. Zudem sei eine Reform des Electoral Colleges notwendig, da hierdurch eine ungleiche Repräsentation der Wähler_innen aufrechterhalten wird. Ein weiteres großes Defizit der US-amerikanischen Demokratie stellt der eingeschränkte Zugang zu den Wahlen dar. So werden amerikanische Bürger_innen ab dem legalen Wahlalter nicht automatisch in das Wahlregister aufgenommen. Vielmehr wird die Verantwortung zur Registrierung auf die Bevölkerung verschoben. Besonders schwerwiegend ist jedoch, dass die Teilnahme spezifischer Gruppen (z.B. Afroamerikaner_innen, Einkommensschwache) strukturell erschwert wird, indem Wahllokale in Gebieten mit hohem Minderheitenanteil geschlossen werden, die Möglichkeit zur Briefwahl oder früheren Stimmabgabe in vielen Bundesstaaten nicht gewährleistet ist und hohe bürokratische Hürden bestehen. Außerdem wird Häftlingen das Wahlrecht vollständig verwehrt, teilweise auch bis über den Gefängnisaufenthalt hinaus.

Neben diesen massiven Missständen innerhalb des Wahlsystems verwies Kempin Reuter auch auf eine starke autokratische Tendenz in der US-amerikanischen Innenpolitik. Vor allem die politischen

¹ V-Dem Institute: Autocratization Surges – Resistance Grows. Democracy Report. unter: https://www.v-dem.net/media/filer_public/de/39/de39af54-0bc5-4421-89ae-fb20dcc53dba/democracy_report.pdf (8.12.2020); V-Dem Institute: Dataset Country-Year. V-Dem Full+Others. unter: <https://www.v-dem.net/en/data/data/v-dem-dataset/> (8.12.2020)

² Freedom House Index: Country and Territories. Unter: <https://freedomhouse.org/countries/freedom-world/scores?sort=asc&order=Political%20Rights> (8.12.2020)

Maßnahmen der Trump-Regierung, wie z.B. die Familientrennungspolitik an der Grenze oder der Einsatz des Militärs gegen Demonstrationen, stellten eklatante Verstöße gegen die Menschenrechte dar.

Aufgrund der ökonomischen und politischen Vormachtstellung der USA, wirken sich der Rückgang der Demokratie und die menschenrechtsverletzenden Politiken stark auf die Entwicklungen anderer liberaler Demokratien weltweit aus. Durch die US-Außenpolitik mit Fokus auf Renationalisierung und Protektionismus werden zum Beispiel internationale Organisationen und Abkommen untergraben und die internationale Zusammenarbeit erschwert (z.B. Austritt aus WHO). Im Weiteren nimmt Donald Trump mit seinem aggressiven Auftreten eine Vorbildfunktion für europäische populistische Führer_innen und Gruppierungen ein.

Gesellschaftliche Spaltung und politische Organisierung

Die Wahl 2020 hat, wie kaum eine Wahl zuvor, die gesellschaftliche Spaltung in den USA zum Ausdruck gebracht. Während der Debatte hoben beide Diskutantinnen hervor, dass sich derzeit an der Trennlinie zwischen demokratischer und republikanischer Partei „zwei Amerikas“ herausbilden. Dabei werden die jeweils anderen nicht länger als politische Konkurrent_innen oder Gegner_innen betrachtet, sondern vielmehr als Feind_innen. Der Diskurs wird zunehmend emotionalisiert geführt und das Gegenüber als kriminell und verachtenswert diffamiert. Dabei nehmen beide Seiten die absolute Wahrheit für sich in Anspruch, was vor allem durch eine stetige Polarisierung und Falschinformation (z.B. durch soziale Medien) verstärkt wird. Woodyly zur Folge wird Politik von der Bevölkerung der USA als absoluten Antagonismus, als Krieg, gedacht. Vor diesem Hintergrund werden sogar Menschenrechtsverletzungen, wie zum Beispiel die Polizeigewalt gegenüber Afroamerikaner_innen, zu einem legitimen Diskussionsgegenstand und damit verhandelbar.

Die beiden gegnerischen Lager und deren unversöhnliche inhaltlichen Standpunkte werden besonders im Aufschwung identitätspolitischer Debatten, Proteste und sozialer Bewegungen deutlich. Woodyly



stellt fest, dass die Menschen in den USA im letzten Jahrzehnt begonnen haben, die Politik verstärkt durch die Linse von Rassismus bzw. *race* zu bewerten. Sie verwies in diesem Zusammenhang einerseits auf die *white supremacist* Bewegung, welche die USA als weiße, christliche, kapitalistische und patriarchale Nation wahrnimmt und diese Vorstellung zu verteidigen sucht. Andererseits wurde hervorgehoben,

dass mit der Obama-Regierung auch ein starker Aufschwung von Bewegungen zur Befreiung der Afroamerikaner_innen (z.B. Black Lives Matter) einherging. Die verstärkte Sichtbarmachung von (tödlicher) Polizeigewalt gegenüber Afroamerikaner_innen und die strukturelle soziale und enorme Ungleichheit von Weißen und Nicht-Weißen in den USA befeuerte jene Proteste.

Trotz dieses scharfen Bruchs und den damit einhergehenden Spannungen stellte Woody fest: „rushing to unity is not the answer“. Vielmehr sieht sie den Ausweg aus der aktuellen Krise der US-amerikanischen Demokratie in einer breiteren Einbindung der Bevölkerung in den politischen Prozess. Eine inklusivere demokratische Gesellschaft wird somit vor allem durch den langwierigen Prozess des gemeinsamen Diskutierens, Analysierens, Engagierens, Bildens und Zusammenarbeitens ermöglicht. Solch eine Organisation verändert die politische Subjektivität der Menschen und verhilft ihnen zu dem Bewusstsein, selbst politische Akteur_innen zu sein und ihre Handlungsmacht wahrzunehmen. Den Menschen wird es ermöglicht, sich Wissen, Netzwerke und Ressourcen anzueignen, um auf politische Probleme (auch kurzfristig) zu reagieren. Durch diesen Prozess bringen sie sich als demokratische Bürger_innen ein, welche direkt am politischen Geschehen partizipieren und den politischen Rahmen mitgestalten. Gemäß Woody ist eine solche demokratische Bürger_innenschaft eine absolute Notwendigkeit für jedes demokratisches System, da sich die Menschen nur hierdurch mit dem politischen System identifizieren können und sich in ihm repräsentiert sehen.

Wichtige Aspekte einer solchen politischen Organisation sind, eine bottom-up Struktur und die Einbindung vorher noch nicht organisierter Menschen. Zudem muss sich der Prozess in Form von Institutionen, innerhalb der sozialen Bewegungen, manifestieren, um nachhaltig wirksam zu sein. So zielt politische Organisation nicht nur auf (spontane) Proteste ab, sondern auch auf einen nachhaltigen Einfluss auf nationalstaatliche politische Instanzen (z.B. Wahl der Bezirksstaatsanwälte).

Was Woody auf Nachfrage der Moderatorin Saskia Stachowitsch in weiterer Folge noch hervorhob, war die Bedeutung der Vernetzung sozialer Bewegungen auf nationaler und internationaler Ebene. So findet derzeit ein intensiver Austausch von Werkzeugen, Strategien, Taktiken und Informationen statt, welcher dezentral verläuft und vor allem durch die neuen Kommunikationsmedien ermöglicht wird. Hierdurch entsteht ein verbündeter Prozess sozialer Bewegungen, welcher es ermöglicht die strukturelle Ebene von gesellschaftlichen und politischen Problematiken zu adressieren.



Einfluss der Pandemie auf die Wahl

Im Rahmen der Fragen aus dem Publikum wurde schließlich auch die Bedeutung der Pandemie für die US-Wahl detaillierter aufgegriffen. In ihrer Einschätzung waren sich Woodly und Reuter einig, dass die Pandemie einen großen Einfluss auf den Wahlkampf und auch den Wahlausgang hatte. Einerseits führte der Shut-Down im Frühling 2020 dazu, dass die Menschen viel mehr Zeit hatten, um sich politisch zu informieren und zu organisieren. Hierdurch verstärkte sich das Bewusstsein (v.a. der weißen Bevölkerung) über die gravierenden strukturellen Probleme in den USA. Zudem wurden die Menschen auch mit der fehlenden (ökonomischen) Unterstützung der Regierung konfrontiert und waren somit unmittelbar von den Handlungen bzw. Unterlassungen der Politik betroffen. Dies trug maßgeblich zu der massiven Mobilisierung seit Mai 2020 bei, welche laut Woodly auch zum ersten Wahlsieg der demokratischen Partei in Georgia seit 24 Jahren beitrug.

Die Wahl 2020 als historischer Wendepunkt

Tina Kempin Reuter und Deva Woodly sehen mit Skepsis und Hoffnung auf die aktuelle politische Lage und die Zukunft der USA. Beide hoben deutlich hervor, dass die USA nun an einem wichtigen Wendepunkt steht, Reuter sprach gar von einer „near-death experience for democracy“. So bestünde noch immer die Gefahr, dass sich der Staat in den kommenden Jahren an eine Autokratie annähere. Auch Woodly sieht in den demokratischen Institutionen keine vertrauenswürdigen Instanzen, welche langfristig freie, faire und gleiche Wahlen garantieren können. Die Wahl 2020 habe vielmehr die Fragilität der US-amerikanischen Demokratie ans Licht gebracht.

Trotz dieser Tendenzen, zeigten sich die beiden Politikwissenschaftlerinnen optimistisch angesichts der Biden Administration. Vor allem Kempin Reuter war zuversichtlich, dass Joe Biden die Menschenrechte stärker in den Mittelpunkt seiner Agenda stellen und einen inklusiveren Ansatz vertreten wird. Zudem geht sie davon aus, dass unter Biden viele multilaterale Abkommen wieder aufgenommen und die Beziehungen zu traditionellen Verbündeten wiederaufgebaut werden. Beide Vortragenden vertraten jedoch auch die Ansicht, dass viele gesellschaftspolitische Missstände der USA nicht durch eine neue Präsidentschaft gelöst werden können. Der aktuelle Aufschwung politischer Organisation, die Rekonzeptualisierungen von Politik auf lokaler und alltäglicher Ebene, geben jedoch Anlass zur Hoffnung. Hierin sieht vor allem Woodly eine historische Chance, Themen langfristig zu bearbeiten und strukturelle Probleme zu lösen.

Somit steht für die Bevölkerung der USA derzeit viel auf dem Spiel. Der Einschätzung von Tina Kempin Reuter und Deva Woodly folgend, sind jedoch auch sie diejenigen, welche die Karten neu mischen.